

Stand: 09.02.2026 00:17:03

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15741

"Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeeinrichtungen schützen: Kontrollsyste m verbessern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/15741 vom 02.03.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/16845 des GP vom 28.03.2017
3. Beschluss des Plenums 17/17028 vom 18.05.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 104 vom 18.05.2017



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Christine Kamm, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeeinrichtungen schützen: Kontrollsyste m verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Art. 12 und 13 des Gesetzes zur Regelung der Pflege-, Betreuungs- und Wohnqualität im Alter und bei Behinderung (Pflege- und Wohnqualitätsgesetz – PfleWoqG) festzuschreiben, dass eine Beratung bei erstmaliger Feststellung der Abweichungen von den Anforderungen dieses Gesetzes erfolgt, die darauffolgende Kontrolle zeitnah erfolgen muss und bei wiederholter Feststellung der Mängel eine Anordnung erlassen werden muss. Werden erhebliche Mängel festgestellt, müssen Anordnungen sofort ergehen.

Begründung:

Die Vorfälle in der Seniorenresidenz Schloss Gleisdorf haben gezeigt, dass Verbesserungen am derzeitigen Kontroll- und Bewertungssystem erforderlich sind. Grundsätzlich gilt es, in den Pflegeeinrichtungen noch stärker eine Kultur des Hinschauens und eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen, die dazu ermutigen, dass Auffälligkeiten und erst recht Missstände von Pflegekräften und von Angehörigen offen angesprochen werden. Dies wäre ein ganz entscheidender Beitrag auch zur Verhinderung künftigen Fehlverhaltens.

Das Ziel muss sein, möglichst frühzeitig Informationen über Missstände und schwerwiegende Vorwürfe gegenüber Pflegeheimen zu entdecken, zu bekommen und schließlich rasch zu beheben.

Aufgrund der Prüfung des Vorgehens der zuständigen Fachstellen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht (FQA) hat sich gezeigt, dass eine klare gesetzliche Abgrenzung des bestehenden Beratungsauftrags der FQA von den konkreten ordnungsrechtlichen Maßnahmen erforderlich ist (siehe Anfrage zum Plenum der Abgeordneten Kerstin Celina vom 13. Februar 2017 Drs. 17/15517).

Mit dem Inkrafttreten des Pflege- und Wohnqualitäts gesetzes (PfleWoqG) im August 2008 sollte die Beratung der Einrichtungen im Mittelpunkt der Begehungen durch die FQA stehen. Den FQA wurde durch das Gesetz zunächst die Möglichkeit eröffnet, Maßnahmen zur Aufklärung zu ergreifen, wenn Zweifel bestehen, dass die durch das Gesetz vorgegebenen Qualitätsanforderungen erfüllt werden. Es wird der Grundsatz festgeschrieben, dass bei der Feststellung von Mängeln zunächst eine Beratung erfolgen soll. Dies gilt auch bei wiederholter Feststellung des Mangels.

Hier muss ein Umdenken dringend stattfinden. Es muss im Gesetzentext festgeschrieben werden, dass eine Beratung bei erstmaliger Feststellung des Mangels erfolgt, aber bei wiederholter Feststellung eine Anordnung erfolgen muss – und nicht wie jetzt erfolgen kann. Im derzeit gültigen Gesetz ist es der FQA überlassen, wann sie eine Anordnung bei Feststellung eines Mangels erlässt bzw. wie lange sie auf die Beratung der Einrichtung setzt. Werden erhebliche Mängel festgestellt, müssen Anordnungen sofort von der zuständigen Behörde erlassen werden.

Darüber hinaus muss auch an dem schnellen und reibungslosen Informationsaustausch und der engen Kooperation zwischen den Behörden gearbeitet werden sowie auch die enge Zusammenarbeit mit dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) und den zuständigen FQA verbessert werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/15741

**Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeeinrichtungen schützen:
Kontrollsysteem verbessern**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob im Art. 12 und 13 des Gesetzes zur Regelung der Pflege-, Betreuungs- und Wohnqualität im Alter und bei Behinderung (Pflege- und Wohnqualitätsgesetz - PfleWoqG) festzuschreiben ist, dass eine Beratung bei erstmaliger Feststellung der Abweichungen von den Anforderungen dieses Gesetzes erfolgt, die darauffolgende Kontrolle zeitnah erfolgen muss und bei wiederholter Feststellung der Mängel eine Anordnung erlassen werden muss. Werden erhebliche Mängel festgestellt, müssen Anordnungen ergehen.“

Berichterstatterin:
Mitberichterstatter:

**Kerstin Celina
Hermann Imhof**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 28. März 2017 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Christine Kamm, und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/15741, 17/16845

Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeeinrichtungen schützen: Kontrollsystem verbessern

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob in Art. 12 und 13 des Gesetzes zur Regelung der Pflege-, Betreuungs- und Wohnqualität im Alter und bei Behinderung (Pflege- und Wohnqualitätsgesetz – PfleWoqG) festzuschreiben ist, dass eine Beratung bei erstmaliger Feststellung der Abweichungen von den Anforderungen dieses Gesetzes erfolgt, die darauffolgende Kontrolle zeitnah erfolgen muss und bei wiederholter Feststellung der Mängel eine Anordnung erlassen werden muss. Werden erhebliche Mängel festgestellt, müssen Anordnungen ergehen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaufgaben nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am Dienstag die unter den Nummern 1 und 2 aufgeführten öffentlichen Konsultationsverfahren zum Schutz von Hinweisgebern und zur Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer, bei denen die Frist Ende Mai abläuft, abschließend beraten und empfohlen hat, die auf den Drucksachen 17/16943 und 17/16946 ausgedruckten Stellungnahmen abzugeben.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Landwirtschaft, Kultur und Medien, Wirtschaft, Finanzen und der Euro,
Beschäftigung und Soziales, Energie, Bank- und Finanzwesen, Unternehmen
und Industrie, Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Betriebsbekämpfung,
Lebensmittelsicherheit, Zoll, Steuern:
Öffentliche Konsultation zum „Schutz von Hinweisgebern (Whistleblower)“
03.03.2017 – 29.05.2017
Drs. 17/16311, 17/16943 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Steuern:
**Öffentliche Konsultation über das Funktionieren der Zusammenarbeit der
Verwaltungsbehörden und die Betriebsbekämpfung auf dem Gebiet der
Mehrwertsteuer**
02.03.2017 – 31.05.2017
Drs. 17/16312, 17/16946 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bildung ist mehr als Schule I: Lernerfahrungen an außerschulischen Lernorten als Teil der Schulkultur etablieren
Drs. 17/14517, 17/16844 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Annette Karl, Bernhard Roos u.a. SPD
10.000 Häuserprogramm – Förderungen auf erneuerbare Energien konzentrieren
Drs. 17/15637, 17/16690 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Artenschutzrechtliche Ausnahmeverordnung fortführen
Drs. 17/15652, 17/16700 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU
Lebensmittelverschwendungen einschränken, Lebensmittelverwertung optimieren
Drs. 17/15735, 17/16701 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer, Judith Gerlach u.a. CSU
Fortschreibung des bayerischen Aktionsplans Inklusion
durch ein Fachgespräch begleiten!
Drs. 17/15736, 17/16761 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeeinrichtungen schützen:
Kontrollsystem verbessern
Drs. 17/15741, 17/16845 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über Neuregelung der Lese- und Rechtschreibstörung
Drs. 17/15856, 17/16665 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kultur- und Kreativwirtschaftsbericht fortschreiben
Drs. 17/15859, 17/16683 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Expertenanhörung: Ultrafeinstaub – Ursachen und Gesundheitsrisiken
Drs. 17/15871, 17/16702 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Erwin Huber,
Karl Freller u.a. CSU
Wohnortnahe Bargeldversorgung
Drs. 17/16015, 17/16691 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Gudrun Brendel-Fischer,
Martin Bachhuber u.a. CSU
Bayerntourismus 4.0 IV:
Steigerung der Marktpräsenz der Privat- und Kleinvermieter
durch Beratung und Verbesserung der Online-Buchbarkeit
Drs. 17/16020, 17/16692 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>